

Spendengala
Tanz in den Mai
30. April 2013, 17 Uhr,
Nachbarschaftshaus,
Ribnitzer Straße 1b,
Karten unter: 22 77 17 87



Foto: Büro Lötzsch

Fleißige Helferinnen und Helfer haben 2 000 Rosen mit dem Aufkleber „Rot hat Charme“ versehen. DIE LINKE sagt: Herzlichen Dank für die Unterstützung im Wahlkampf.

Mit 2 000 Rosen begann der Wahlkampf im Bezirk

Das war der erste Höhepunkt der Aktivitäten der LINKEN in Lichtenberg: 57 Genossinnen und Genossen versammelten sich am 7. März zum Großeinsatz mit dem Ziel, am nächsten Tag Frauen eine erkennbar linke Rose überreichen zu können. Und so wurden an den Stielen der Rosen in mühseliger Handarbeit Aufkleber mit dem Slogan „Rot hat Charme“ angebracht, damit auch jede Frau am nächsten Tag erkennen konnte, woher und von wem die Rose stammt.

An sieben Orten wurden dann am Frauentag bei nassem Wetter die Rosen verteilt. Gesine Lötzsch selbst stand ab 7 Uhr am S-Bahnhof Wartenberg.

Doch das war nur der Auftakt für viele Aktivitäten der LINKEN in Lichtenberg zu den im Herbst anstehenden Bundestagswahlen. Dazu gehören die traditionelle Tomatenverteilkaktion unter dem Motto „Mit Harzfeuer gegen Hartz IV feuern“ am 21. Mai, eine Kindertagswoche mit täglichen Straßenaktivitäten im Juni und eine Aktion für ein ge-

rechtes Gesundheitssystem im September. Aber all diese Events gestalten sich nicht von allein. Wie keine andere Partei setzt DIE LINKE auf das Engagement ihrer Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten aus Gewerkschaften, Verbänden und Vereinen. Unsere größte Stärke sind die Menschen vor Ort, die sich persönlich für unsere politischen Ziele einsetzen. Auch im bevorstehenden Bundestagswahlkampf wollen wir beweisen: Wir sind die Partei für diejenigen, die soziale Gerechtigkeit, höhere Renten und Löhne, Frieden und Demokratie wollen.

Doch Forderungen allein genügen nicht. Deshalb laden wir Euch ein und bitten Euch: Meldet Euch jetzt als Wahlkampfunterstützerin oder Wahlkampfunterstützer, mischt mit und mischt Euch in den Wahlkampf ein, werdet vor Ort aktiv und sprecht Freundinnen, Freunde und Bekannte an, sich ebenfalls zu engagieren. Werdet Teil eines großen Netzwerks, das weitaus größer ist als Lichtenberg.
Katrin Petermann

UmFAIR teilen – Reichtum besteuern!

Am 13. April findet bundesweit ein Aktionstag mit dem Titel „UmFAIRteilen – Reichtum besteuern“ statt, zu dem ein breites Bündnis aufruft. Natürlich ist DIE LINKE am 13. dabei, denn die gerechte Verteilung von Reichtum ist eine unserer zentralen Forderungen. Deutschland ist ein reiches Land, nur ist dieser Reichtum ungerecht verteilt! Das ist nicht hinnehmbar.

Hierzulande gibt es rund 500 000 Millionäre, die zusammen ein Drittel des gesamten Privatvermögens, sprich 2,4 Billionen, besitzen. Die Gesamtschulden des deutschen Staates belaufen sich auf 2,1 Billionen Euro. Die Hälfte der deutschen Bevölkerung hingegen besitzt praktisch kein Vermögen.

Gespart wird an der Bildung und bei der sozialen Sicherung. Es gibt zu wenige Kitaplätze, viele Schulen müssen dringend saniert werden, für die Alten- und Krankenpflege gibt es nicht ausreichend Geld, Millionen Menschen müssen von Niedriglöhnen leben, und für immer mehr Menschen reicht die Rente nicht zum Leben.

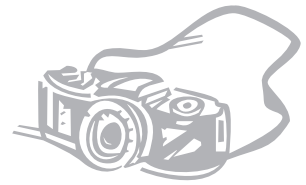
Wir rufen alle Genossinnen und Genossen, Sympathisantinnen und Sympathisanten dazu auf, am 13. April laut und vernehmlich zu fordern: „UmFAIRteilen – Reichtum besteuern“. Setzt Eure Unterschrift unter den Aufruf. Reichtum ist für alle da!
Evrin Sommer

- **Aufruf unterschreiben:**
<http://umfairteilen.de>
- **Aktionstag in Berlin:** 13.4., 13 Uhr, Potsdamer Platz, Menschenkette und UmFAIRteilen-Markt

Wir sind dabei

Bundesweiter Aktionstag für Toleranz und gesellschaftliche Vielfalt und gegen Rechtsextremismus am **16. April 2013**
Motto: „Wir für Demokratie – Tag und Nacht für Toleranz“.

- **Infos:** www.koordinierungsstelle-lichtenberg.de, www.aktionstag.tk, www.lap-hohenschoenhausen.de



Verlockende Angebote

Vom Mühlengrund bis zum Berl und vom Welsekiez bis zur Barther Straße reichen die Standorte, Angebote und Projekte des Nachbarschaftshauses im Ostseeviertel am Bahnhof Wartenberg. Sie tragen Namen wie Familienzentrum „Grashalm“, „Graue Zellen“, „Mobilitätsdienst“, „Tauschring“, „Café Klönsnack“ oder „Freiwilligenagentur“. Während die tägliche Teilnehmerfrequenz schier unerschaffbar scheint, ist der Nutzen des Hauses in der weitläufigen Nachbarschaft täglich ablesbar. Die Beratungs-, Gesprächs-, Kontaktangebotslisten und auch der Speiseplan des Pottkiekers sprechen für sich.

Als diese Zeitschrift in Ihrem Briefkasten landete, wurden im Neu-Hohenschönhausener Ostseeviertel mit einem Anwalt Fragen der Miet-Betriebskosten-Abrechnung diskutiert. Das war am 11. April Thema des dortigen Bürgeraktivs.

Im „Krugwiesenhof“ steht am **15. April** ab 13 Uhr ein kulinarischer Nachmittag an. Am **21. April**, können Sie im Nachbarschaftshaus Ribnitzer Straße 1b ab 10 Uhr für nur 10 Euro einen zünftigen Preisskat „dreschen“. (Anmeldung bis 16.4. unter 96 27 71 10)

Dreigeschossers Fundament

Der mit 2,2 Millionen Euro Stadtumbau-Mitteln in zweijähriger Bauzeit vom ehemaligen Schulgebäude zum Stadtteilzentrum Hohenschönhausen Nord umgewidmete Dreigeschossiger ist zugleich Sitz der Geschäftsleitung des renommierten „Vereins für ambulante Versorgung“, der als Träger der meisten Projekte fungiert. „Die technische und

Richtigstellung

Der BVV-Fraktionsvorsitzende und Bundestagskandidat der Lichtenberger SPD, Erik Gührs, hat sich über meinen Kommentar „Ziemlich beste Freunde“ in der vorangegangenen Ausgabe von „info links“ empört. Dort hatte ich geschrieben, dass die SPD auf ihre Verordneten Druck ausgeübt hätte, bereits geleistete Unterschriften unter den Einwohnerantrag zur Bürgerbeteiligung bei der Planung des Stadtteilzentrums Neu-Hohenschönhausen zurückzuziehen.

Trotz mehrerer Versuche ist die Quelle für diese Aussage nicht mehr aufklärbar. Offen-

bauliche Qualität hat sich gegenüber dem früheren Standort am Berl wesentlich verbessert“, sagt Vorstandsmitglied Peter Fischer, der auch die IT-Technik des Hauses betreut. „Mit dem behindertengerechten Zugang“, so der Geburtshelfer und seit Jahrzehnten engagierte Pate dieses Kiezmittelpunktes, „sind Zugänglichkeit und Erreichbarkeit erhöht worden.“ Der langjährige Kommunalpolitiker der Partei DIE LINKE und seine Genossinnen und Genossen tragen dem mit umfangreichen Gesprächsangeboten Rechnung.

Nicht nur Bekanntschaft

Bei Bedarf geht Nachbarschaft im Ostseeviertel über gute Bekanntschaft an sich hinaus. Stadtteilkoordinatorin Beate Jahnke kann das u. a. mit der Förderung von Nachbarschaftsprojekten und -festen durch den Kiezfonds belegen, dessen Geschäftsstelle im Haus angesiedelt ist.

Die Förderung freundschaftlicher Bindungen und die Übernahme sozialer Verantwortung sind tragende Säulen allen Tuns im und rund um das Haus in der Ribnitzer Straße.

Mit dem Unternehmensprojekt „Deine Chance – Jugend schafft Wirtschaft“ geht Projektkoordinator Andreas Simon allerdings einen Schritt weiter: 16- bis 25-Jährige, die bislang keinen Bildungsabschluss haben, können während der nächsten zwei Jahre in einer Jugendfirma des Hauses in Zusammenarbeit mit dem Bezirksamt beispielsweise das Catering-Handwerk und -Management lernen. „Das ist keine Schülerfirma“, so der Ökonom-Pädagoge (früher Berufsschullehrer). „Koch und Betriebswirtschaft stehen Pate“, damit ein Anschluss an den ersten Arbeitsmarkt oder auch in die Wirtschaft direkt möglich ist.

Joachim Pampel

● www.vav-hhausen.de/alle-termine.html

bar bin ich einem Gerücht aufgesessen und habe es verwendet, ohne noch einmal selbst recherchiert zu haben. Ich ziehe also diese Textpassage mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.

Erfreut habe ich in der BVV-Debatte quasi als Fazit aus Erik Gührs' Schreiben zur Kenntnis genommen, dass sich die SPD-Fraktion intensiv für die gleichberechtigte Beteiligung der Einwohner in einem „zunächst ergebnisoffenen Diskussionsprozess“ – so heißt es im Antrag, der inzwischen Beschluss der BVV ist – engagieren wird. Das ist doch nun eine Aussage, an der sich die kommende Realität messen lässt. Dr. Peter-Rudolf Zotl

KOMMENTIERT

Politische Schizophrenie?

Das Bundestagswahlprogramm der SPD hat alle verblüfft. Nicht so sehr wegen der Aussagen, da ist man ja alle vier Jahre Einiges gewöhnt, sondern wegen der eklatanten Widersprüche:

Da feiert die Partei zehn Jahre Hartz IV, und zugleich verspricht das Wahlprogramm quasi dessen Abschaffung. Da ruft die SPD zu den Waffen gegen die krassen sozialpolitischen Verwerfungen, für die aber Rot-Grün zumeist die Verantwortung trägt. Da will die SPD mit allen Kräften gegen die soziale Schiefelage vorgehen, aber zementiert zugleich die strikte Abkehr von der LINKEN, die – weitaus mehr als die Grünen – im öffentlichen Bewusstsein für den konsequenten Kampf gegen soziales Unrecht steht.

Was soll man dazu sagen? Ist es politische Schizophrenie? Oder – wie Ulrich Jörges vom „Stern“ in „Radio Eins“ meinte – „Wahlkampf der SPD gegen sich selbst“? Oder ist – wie die Grünen behaupten – eine eigentlich gute Sache aus dem Ruder gelaufen?

Ich habe nie verstanden, warum man Millionen Menschen an den Rand der Existenz bringen muss, um sie für den ersten Arbeitsmarkt fit zu machen, und ihnen die kärgliche Alimentierung beschneidet, wenn sie nicht bereit sind, in den skandalösen Niedriglohnsektor zu wechseln, um sie dann nahtlos in die Altersarmut zu stürzen. Nein, das ganze Konzept ist falsch. Hartz IV muss weg, und der Mindestlohn muss her.

Ist die SPD denn bekloppt, dass sie so etwas macht? Das würde ich bei den vielen klugen und sozialpolitisch verantwortungsbewussten Köpfen in der SPD nicht glauben wollen. Oder ist es Wahlspeck? Um z. B. Stimmen wegzufangen, die ansonsten der LINKEN zufließen? Um nach der Wahl den vor der Wahl aufgewählten See wieder still ruhen zu lassen? Da bräuchte man sich gar nicht erst in den Widerspruch von Programm und Realität zu begeben, weil das Programm dann Geschwätz von gestern ist, das einen – siehe Konrad Adenauer – nicht zu kümmern hat. Und das sollte man der SPD nicht durchgehen lassen.

Dr. Peter-Rudolf Zotl

Mitreden und Vorschläge machen

Bürgerbeteiligung bei der Gestaltung des Stadtumbaugebietes Frankfurter Allee Nord ist garantiert.

Endlich war es soweit. Am 13. März fand die erste Konferenz über das Stadtumbaugebiet Frankfurter Allee Nord (FAN) im Gymnasium in der Rüdigerstraße statt. Sie war der Start für die Bürgerbeteiligung an diesem Projekt. Der war auch längst überfällig, denn bereits vor zwei Jahren hatte der SPD/LINKE-Senat entschieden, dieses Quartier in den kommenden Jahren lebenswerter zu machen und stellte dafür rund 25 Millionen Euro bereit. Der LINKEN waren von Beginn an drei Punkte besonders wichtig: Transparenz, Bürgerbeteiligung und die Verhinderung/Dämpfung von Mietpreissteigerungen! Deshalb haben wir in der BVV kontinuierlich nach dem Umsetzungsstand gefragt und entsprechende Anträge gestellt.

Wie werden die Menschen beteiligt?

Nach den Plänen der Sanierungsgebietsbeauftragten (STATTBAU) und dem Bezirksamt soll die Bürgerbeteiligung wie folgt ablaufen: Die FAN-Konferenz ist eine Art offene Vollversammlung der Anwohnerinnen und Anwohner und wird zweimal im Jahr tagen. Daneben wird es Arbeitsgruppen zu Themengebieten wie z. B. Wohnen, Verkehr, Energie und Freiflächen geben. Auf den FAN-Konferenzen können die Ergebnisse der Arbeitsgruppen vorgestellt, diskutiert und Entscheidungen getroffen werden.

In der Zeit zwischen den Konferenzen tagt der sogenannte FAN-Beirat. Dieses Gremium ist besonders wichtig, weil es als Bau-beirat fungieren soll und über die Bewilligung der Mittel entscheidet. In ihm sollen verschiedene Interessengruppen aus dem Wohngebiet vertreten sein: Vertreterinnen und Vertreter z. B. der Wohnbevölkerung, der Gewerbetreibenden und aus Bildungs-



Foto: Sebastian Schlüsselburg

Lange hat es gedauert, jetzt geht es los: Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger kamen zur ersten Konferenz über die Zukunft des Stadtumbaugebietes Frankfurter Allee Nord.

einrichtungen. In diesen Beirat kann sich nur wählen lassen, wer auch tatsächlich im Wohngebiet wohnt oder arbeitet. Auf Nachfrage hin wurde bestätigt, dass die vier Sitzungen des Beirates in jedem Fall öffentlich sein werden.

Verbesserungsvorschläge der LINKEN

Der FAN-Beirat soll im Unterschied zu den traditionellen Stadtteilvertretungen nicht aus der Mitte der Wohnbevölkerung gewählt werden. So hatten wir LINKE es in der BVV beantragt. Vielmehr soll der Beirat aus dem Kreis der Interessenten durch den CDU-Baustadtrat ausgelost werden. Später könne man das Wahlverfahren nach Ansicht von STATTBAU auch gern ändern.

DIE LINKE wird in einem ersten Schritt in der BVV beantragen, bei der Auslosung sicherzustellen, dass Frauen, Menschen mit Behinderungen und Migrantinnen und Migranten angemessen berücksichtigt werden.

Wer Interesse an der Mitarbeit in den Arbeitsgruppen oder an einer Mitarbeit im Beirat hat, sei an dieser Stelle herzlich ermuntert, sich direkt an STATTBAU oder auch an das Stadtteilzentrum in der UNDINE (Ha-

genstraße 57) zu wenden. Dort wird ein Vor-Ort-Büro zur Unterstützung der Bürgerbeteiligung eingerichtet.

Problem Mietsteigerungen

Uns LINKEN liegt besonders am Herzen, dass das Wohngebiet nicht dasselbe Schicksal erleidet wie andere ehemalige Sanierungs- und Stadtumbaugebiete. Meist ging die Aufwertung der Kieze mit einer Verdrängung der alteingesessenen Bevölkerung einher. Wir wollen die gute Mischung im Wohngebiet aus Senioren, Singles, jungen Familien, Studenten und Berufstätigen erhalten. Deshalb schlagen wir auch hier Maßnahmen zum Milieuschutz und im Falle der Mietbestände der HOWOGE ein Mietmoraatorium vor. Der Autor dieses Beitrages wird in der Arbeitsgruppe „Wohnen“ mitarbeiten.

Was soll mit der Normannenstraße passieren?

Eine besonders interessante Herausforderung wird die Zukunft des Gebäudekomplexes Normannenstraße sein. Er hat für das Wohngebiet ein großes Potenzial. Man könnte z. B. an die Reaktivierung des Kinosaales denken, an Kunst- und Atelierräume oder die Schaffung neuer Wohnungen. DIE LINKE sollte hier gemeinsam mit den Anwohnerinnen und Anwohnern kreative Ideen entwickeln.

*Sebastian Schlüsselburg
stellv. Bezirksvorsitzender der LINKEN*

Kontakt:

STATTBAU Berlin: Marion Schuchardt,
Tel.: 69 08 10, berlin@stattbau.de

Stadtteilzentrum: Brigitte Grahl,
Tel.: 550 95 45, stz.lichtenberg-nord@sozialwerk-dfb-berlin.de



Hier kann und muss ein Linienbus halten



Foto: Silke Wenk

Dieser Tage inszenierte man erst einmal, wie es hier am Betriebsbahnhof Rummelsburg in Zukunft zugehen sollte: In den Morgenstunden eines Dienstags hielt ein voll besetzter Reisebus im Hönowener Weg in der Nähe des S-Bahnhofes. Dort warteten Silke Mock – sie sitzt für DIE LINKE in der Lichtenberger Bezirksverordnetenversammlung – und Rosi Heyer. Beide wohnen in dem Quartier nördlich des Bahnhofs. Zusammen mit rund 50

Wahlkämpfer/-innen und Gesine Löttsch wollten sie nach Strasbourg zum Europaparlament reisen.

Aber bevor der Bus mit der Reisegruppe die Stadt verließ, stellten sich Silke Mock und Rosi Heyer demonstrativ mit einem selbst gefertigten Haltestellenschild aus Pappe vor den Bus. Wozu dieser Aufwand?

Sie wollten zeigen, dass hier, in direkter Nähe zum Ausgang des Bahnhofs, sehr wohl

Busse halten können. Nach Ansicht Silke Mocks ist der Betriebsbahnhof Rummelsburg schlecht an das Wohngebiet Friedrichsfelde angebunden. „Die Bewohner müssen nachts auf in jeder Richtung nur spärlich beleuchteten Wegen relativ weit zu Fuß gehen. Das ist für viele Menschen mit Angst verbunden“, sagt sie.

Eine Buslinie könnte Abhilfe schaffen, doch bislang stellt sich die BVG quer. Ihre Begründung: „Die zuführenden Straßen Hönowener Weg, Fischerstraße und Zobtener Straße lassen keine Busbedienung zu und sind zudem durch Poller abgetrennt.“

Die Poller sind nur vermeintlich ein Argument. Auch Poller kann man abreißen. Deshalb wird sich Silke Mock weiter um eine Busanbindung an den S-Bahnhof bemühen: „Wir müssen das Bezirksamt auffordern, Bedingungen zu schaffen, die eine Busbedienung zulassen“.

Norman Wolf

Frühmorgendliche Demonstration an einem echten Laternenmast mit einem unechten Halteschild für eine Bushaltestelle am Betriebsbahnhof Rummelsburg

Schreibt mit, schreibt uns!

Manche lesen in Zeitungen erst den Wetterbericht, andere zuerst die Leserbriefe. Das mit dem Wetter können wir sofort vergessen. Aber Leserbriefe – und selbstredend auch die Leserinnenbriefe – sind uns willkommen. Also: Schreibt mit an „infolinks“!

+ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +

Jugendcafé

Mit Unterstützung der HOWOGE schaffen sich junge Erwachsene in der Frankfurter Allee 205 ein Jugendcafé. Es soll im Mai eröffnet und von ihnen selbst betrieben werden. Initiator ist das Straßensozialarbeitsprojekt „Gangway“.

Schulraumnot

Frühestens 2017/2018 kann Lichtenberg neue Grundschulen erhalten, so Bezirksstadträtin Beurich (SPD). Nur wenn das Abgeordnetenhaus das Budget mobiler Schulgebäude auf jährlich zehn Millionen Euro erhöht, könnten bereits 2014/2015 Container zur Verfügung stehen.

Kunstmeilenkiez

Vom 13. April bis 1. Juni wird der Weitlingkiez zur Kunstmeile. An 46 Standorten stellen Gewerbetreibende ihre Schaufenster und Räume für Präsentationen zur Verfügung. Bisher beteiligen sich 69 Künstler/innen und Laien aus fünf Zirkeln sowie sechs Schulen.

Chorjubiläum

Der Chor der „fröhlichen Rentner“ feierte im März sein 40-jähriges Bestehen. Er ist im Seniorenheim Abendsonne, Volkradstraße 28, zu Hause und lädt jeden Freitag von 14 bis 16 Uhr zu Proben ein. Die unermüdete Leiterin, Dr. Christine Roßberg, hatte ihn 1973 zusammen mit anderen ins Leben gerufen.

Förderbilanz

In den Jahren 2007 bis 2013 konnte Lichtenberg mit Mitteln aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) Projekte im Wert von mehr als 10 Millionen Euro fördern. Das PDS/DIE LINKE geführte Bezirksamt unterstützte zwischen 2002 und 2010 mehr als 31 Projekte.

170. Gründungstag

Vor 170 Jahren wurde das Evangelische Krankenhaus Königin Elisabeth Herzberge (KEH) als „Kleinkinder-Krankenbewahranstalt“ eröffnet. Heute arbeiten hier 800 Mitarbeiter in 10 Fachabteilungen und 2 Psychiatrischen Tageskliniken.

„100% sozial“ und kein Deut weniger

Am 18. April wird der zweite Entwurf unseres Wahlprogramms, der Leitantrag für den Bundesparteitag, veröffentlicht. Dem ging eine intensive Wahlprogrammdebatte voraus, die zuletzt auf fünf Regionalkonferenzen bundesweit und Ende März auch bei der AG Politische Bildung in Lichtenberg geführt wurde.

Wie der Titel schon nahe legt, steht das Thema soziale Gerechtigkeit im Zentrum des Wahlprogramms. Da auch die Agenda-2010-Parteien SPD und Grüne dieses Thema pünktlich zur Wahlkampfzeit für sich entdeckt haben, fragen sich manche, was uns eigentlich noch in diesem Punkt von den beiden Parteien unterscheidet. Auf den ersten Blick scheint ja der Vorzug der rot-grünen Positionen zu sein, von allem ein bisschen weniger zu fordern und damit realistischer zu wirken. Aber der Schein trügt. Die Konzepte von Steinbrück, Gabriel und Trittin sind weder realistisch noch solidarisch.

Warum? Ihr Verständnis von sozialer Gerechtigkeit dreht sich allein um die so genannte gesellschaftliche Mitte. Die, die unten sind, gehören nicht dazu. Die, die oben sind, werden nicht ausreichend in die Verantwortung genommen.

Vier Beispiele dazu aus unserem Wahlprogramm, in dem wir auf die Zusammenhänge der gesellschaftlichen Probleme hinweisen:

- Wir sagen: Das Hartz-IV-System muss überwunden werden. Um Armut zu verhindern und Würde wiederherzustellen, aber auch, um die (Verhandlungs-)Situation der Beschäftigten zu verbessern. Die miserable Reallohnentwicklung der vergangenen zehn Jahre hätten die Unternehmen ohne das Erpressungspotenzial von Hartz IV niemals durchgesetzt. Dass die Begriffe Hartz IV und Arbeitslosengeld II im gesamten SPD-Wahlprogramm nicht einmal auftauchen, spricht diesbezüglich Bände. Wer jedoch Hartz IV nicht antastet, wird auch nicht den Druck von den Löhnen nehmen können – auch nicht mit einem Mindestlohn.

- Warum fordert DIE LINKE einen gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro die Stunde? Weil sie prinzipiell mehr fordert als die SPD? Nein, weil ein Mindestlohn unter 10 Euro automatisch zu einer Rente führt, die unter der heutigen Grundsicherung liegt. Armuts-löhne und Armutsrenten sind zwei Seiten einer Medaille.

- Die Kürzungsfaktoren müssen raus aus der Rentenformel, das Rentenniveau muss wieder auf 53 Prozent angehoben werden. Wieder einmal eine Maximalforderung? Nein, ein notwendiger Anspruch, um den Lebensstandard der Menschen im Alter sichern zu können.

- Und natürlich wollen wir den privaten Reichtum massiv umverteilen, um die Reformen bezahlen zu können. Die SPD müsste das auch wollen, wenn sie ihr Wahlprogramm umsetzen will. Beides ist aber nach wie vor völlig unklar.



Foto: Tatjana Behrend

Jan Marose stellte bei der AG Politische Bildung die Grundgedanken und Schwerpunkte des Wahlprogramms vor.

Das heißt, unsere Forderungen im Wahlprogramm sind nicht einfach höher, sondern begründet höher. Unsere soziale Gerechtigkeit hat damit eine andere Qualität. SPD und Grüne schließen die, die unten sind, nicht mit ein. Ihre soziale Gerechtigkeit ist nicht solidarisch. Hartz IV bleibt bestehen und Armut wird nicht bekämpft. Das ist nicht realistisch. Das, was sie erreichen wollen, nämlich die „Mitte“ – vornehmlich die regulär beschäftigten Arbeitnehmer – zu entlasten, wird so nicht gelingen. Die Gefahr, von heute auf morgen ins Bodenlose abzurutschen, bleibt mit Hartz IV bestehen. Vor diesem Hintergrund lassen sich „Gute Arbeit“ und dauerhafte Reallohnsteigerungen nicht realisieren. Auf der anderen Seite wird Reichtum nicht konsequent besteuert. Die Finanzierung des Gemeinwesens bleibt hauptsächlich den Durchschnittsverdienern vorbehalten.

„100% sozial“ bedeutet für DIE LINKE: Solidarität zwischen „unten“ und der „Mitte“ – ermöglicht durch eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Nur so wird ein Schuh draus. *Jan Marose*

Veranstaltungen

- **Mittwoch, 17.4., 18 Uhr***
Mieterberatung mit Rechtsanwältin Birgit Stenzel und Dr. Lilo Bertermann
- **Montag, 22.4., 19 Uhr***
Tagung des Bezirksvorstandes der LINKEN. Lichtenberg
- **Dienstag, 23.4., 16 Uhr***
Tagung des Wahlkampfstabes
- **Dienstag, 23.4., 18 Uhr**
Reihe „geDRUCKtes“: „Is doch keene Frage nich – Erinnerungen eines Schauspielers“, Lesung und Gespräch mit Ernst Georg Schwill und Gesine Löttsch; Karl-Liebkecht-Haus, Anmeldung unter 24 009 548, gedrucktes@die-linke.de
- **Sonntag, 28.4., 10 Uhr***
„Lichtenberger Sonntagsgespräch“: Markus Bernhardt spricht über sein Buch: „Das braune Netz“.

Freitag, 26.4., 16 Uhr

5. Tagung der 3. Hauptversammlung; OSZ Bürowirtschaft II, Markstraße 2–3, Eingang Schreiberhauer Straße

- **Dienstag, 30. 4., 17–21 Uhr**
Spendengala „Tanz in den Mai“; Nachbarschaftshaus Ostseeviertel, Ribnitzer Straße 16
- **Mittwoch, 1.5.**
Infostände der Lichtenberger LINKEN: **11–20 Uhr**, Warnitzer Bogen, **12–18 Uhr**, Frankfurter Allee/Möllendorffstraße

Veranstaltungsort: * Alfred-Kowalke-Straße 14

Wer hilft im Wahlkampf?

- **Wer kann mitmachen?**
Alle, die Lust und Zeit haben, den Wahlkampf der LINKEN zu unterstützen.
- **Was kann ich tun?**
Plakatieren, Zeitungen verteilen, Veranstaltungen mitorganisieren, Infostände machen, Material in Briefkästen stecken, Flugblätter verteilen, kreative Aktionen mitgestalten, im Online-Wahlkampf aktiv sein, selber Vorschläge für Aktionen machen ...
- **Wo kann ich mich melden?**
Interessierte melden sich bitte beim Wahlkampfleiter für Lichtenberg, Sebastian Schlüsselburg, unter der Telefonnummer 99 27 07 25

Öffentlicher Rundfunk? Ja, aber nicht so!

„17,98 Euro gebe ich nicht für das Programm von ARD und ZDF aus, denn dieses Geld brauche ich für das Gas, mit dem ich mein Essen koche.“

So drückte eine Bürgerin bei einer Anhörung der Lichtenberger Linksfraktion ihren Ärger über die neue Rundfunkgebühr aus. Die Rundfunkabgabe (früher GEZ) ist Anfang des Jahres in Kraft getreten. Neu ist: Die Gebühr in Höhe von 17,98 Euro monatlich wird nun pauschal pro Haushalt und nicht mehr pro Gerät fällig. Das hat zur Folge, dass auch Haushalte, die gar kein Fernsehgerät haben, zur Kasse gebeten werden.



Der Medienexperte Heiko Hilker hat dazu im Auftrag der LINKEN ein Gutachten zur neuen Abgabe erstellt. Das Ergebnis: Der neue Rundfunkbeitrag ist sozial ungerecht, mittelstandsfeindlich, datenschutzrechtlich unzulässig und völlig überbürokratisiert.

Die Beitragserhebung in der jetzigen Form führt also zu einer sozial ungerechten Umverteilung der Beitragslast und erfordert auch einen höheren Verwaltungsaufwand. Der Gesetzgeber ist aufgefordert, umgehend Nachbesserungen einzuleiten.

Ein Gutachten von Professor Paul Kirchhoff über die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks fand bei der Umsetzung des Rundfunkstaatsvertrages kaum Beachtung. Dabei sind seine Forderungen vernünftig: Kirchhoff forderte beispielsweise, den Beitrag für die Zweitwohnung abzuschaffen und die Möglichkeit für eine Gebührenbefreiung zuzulassen, wenn man nachweisbar Rundfunkangebote überhaupt nicht empfangen kann.

Nicht einer dieser Vorschläge wurde im Rundfunkbeitragsstaatsvertrag umgesetzt. So müssen jetzt auch Besitzer von Datschen ganzjährig Rundfunkgebühr zahlen, auch wenn sie ihre Datsche im Winter gar nicht bewohnen. Dagegen hat Fred Fischer vom Verband Deutscher Grundstücksnutzer Verfassungsbeschwerde eingelegt. Er rät dazu, ähnlich wie die Stadt Köln, einen beklagbaren Beitragsbescheid abzuwarten und dagegen Widerspruch einzulegen. Die Stadt Köln ist eine der Städte, die gegen die neue Gebühr klagen wollen. Denn die Kommunen werden bis zum Zehnfachen ihrer bisherigen Abgabe belastet. In Lichtenberg schlägt die neue Abgabe im Jahr 2013 mit rund 10000 Euro zu Buche.

Bürgersprechstunden

- **Evrin Sommer**, Wahlkreis 1, ☎ 23 25 25 59, nach telefonischer Vereinbarung
- **Wolfgang Albers**, Wahlkreis 2, ☎ 23 25 25 51, nach telefonischer Vereinbarung
- **Marion Platta**, Wahlkreis 3, ☎ 23 25 25 50, nach telefonischer Vereinbarung
- **Sebastian Schlüsselburg**, Wahlkreis 4, ☎ 0157/83 55 81 39, Donnerstag, 25.4., 17 Uhr, UNDINE, Hagenstraße 57
- **Katrin Lompscher**, Wahlkreis 5, ☎ 23 25 25 08, 11.4., 17 Uhr, Geschäftsstelle der LINKEN, Alfred-Kowalke-Str. 14
- **Harald Wolf**, Wahlkreis 6, ☎ 23 25 25 07, 30.4., 16 Uhr, Bodo-Uhse-Bibliothek, Erich-Kurz-Straße 9

Wir kommen auch gern zu BO- oder Kiezveranstaltungen. **Ladet uns ein!**

Betroffen sind aber auch Sehbehinderte. Waren sie früher von der Gebühr komplett befreit, gehören sie heute auch zu den Zahlern, wenn auch mit einem ermäßigten Beitrag. Ausnahmen gibt es nur für diejenigen, die z. B. Anspruch auf Blindengeld haben.

Norman Wolf, Linksfraktion in der BVV

- **Weitere Informationen** zu den Rundfunkgebühren erteilt die Beratungsstelle des Bezirksamtes unter 902 96 75 42.

Mieter schützen, Schulen sanieren!

Die Bürgerinnen und Bürger unseres Bezirks sorgen sich vor allem um die Entwicklung der Mietpreise und den desolaten Zustand der öffentlichen Infrastruktur. Folgerichtig nahm sich die Linksfraktion in ihrer Klausurtagung insbesondere dieser beiden Probleme an.

Schon jetzt klafft zwischen den tatsächlichen Mietpreisen und den Annahmen des Senats eine riesige Lücke. So spiegelt die Richtlinie der CDU-geführten Sozialverwaltung zur Übernahme von Mietkosten für Hartz IV- oder Sozialhilfeempfänger/-innen schon längst nicht mehr die tatsächlichen Kosten auf dem Wohnungsmarkt wieder.

Unsere Haltung wurde nun durch das Sozialgericht bestätigt und die Richtlinie kas-

siert. Steigende Mieten sind jedoch nicht nur ein Problem für Empfänger/-innen von staatlichen Hilfen, sondern eine zunehmende Belastung für alle. Deshalb beschloss die Linksfraktion die nächsten Schritte für eine soziale Wohnungspolitik. Das bezirkliche „Bündnis für Wohnen“ soll genutzt werden, um auch bei Neuverträgen Mietpreisdämpfungen auszuhandeln. DIE LINKE will auch die Voraussetzungen schaffen, um mit Sozialen Erhaltungsverordnungen eine Verdrängung angestammter Mieter/-innen auszuschließen.

Lichtenberg gehört seit Jahren zu den Bezirken, die Überschüsse erwirtschaften. Der Haushaltsabschluss für 2012 setzt diesen Trend fort. Die vermeintlich gute Finanzlage der Bezirke lässt den Finanzsenator behaupten, die Bezirke wären ausreichend finanziert. Dies ist angesichts der Schimmelflecken, der defekten Heizungen und un-

dichten Fenster sowie der unsanierten Toiletten in Lichtenbergs Schulen zynisch.

Um es klar zu sagen: Das Land Berlin saniert sich derzeit auf Kosten der Bezirke. Der Bezirkshaushalt für das kommende Jahr darf kein Streichkonzert werden. Vielmehr will die Linksfraktion die Stadtteilzentren besser ausstatten und die Sanierung der Schulen vorantreiben.

Dennoch wird das Geld nicht reichen. Gerade im Wahljahr wird die Linksfraktion auf die Verantwortung von CDU, Grüne und SPD hinweisen, die in den letzten Jahren die Bundespolitik bestimmt haben. Letztlich haben sie es zu verantworten, dass die öffentlichen Haushalte trockengelegt wurden.

Die Stimme für DIE LINKE am Wahltag im September ist nicht nur eine Stimme für glaubhafte soziale Gerechtigkeit, sondern auch für eine bessere Ausstattung unserer Schulen. *Christian Petermann*

Wir müssen mehr über unsere Erfolge sprechen

Auszüge aus einem „Junge-Welt“-Gespräch mit Gesine Lötzsch, www.gesine-loetzsch.de

● **Lichtenberg verändert sich. Es ziehen mehr junge Menschen in den Bezirk. Droht nun auch in Lichtenberg das, was gemeinhin mit dem Begriff Gentrifizierung bezeichnet wird?**

Es ist schon seit 20 Jahren viel Bewegung in unserem Bezirk. Erst zogen Lichtenberger ins Grüne, dann kamen viele wieder zurück.

Aktuell werden Prenzlauer Berger und Friedrichshainer durch hohe Mieten verdrängt und kommen nach Lichtenberg. Schnell lernen sie unseren Bezirk schätzen. Die Mieten steigen zwar in Lichtenberg auch, sind aber häufig niedriger als im Stadtzentrum. Damit die Mieten bezahlbar bleiben, müssen wieder Gesetze für Mieter gemacht werden. Das fordert unsere Partei auch im Bundestag. Allerdings haben wir alle Vermieter-Parteien gegen uns.

● **Was unterscheidet Sie persönlich von den Kandidaten der anderen Parteien?**

Was ich verspreche, das halte ich. In Wahlkampfzeiten werden viele Versprechungen gemacht.

Die Kanzlerin hatte vor der letzten Wahl die Angleichung der Ost-Renten an die West-Renten versprochen. Nichts ist passiert. Die SPD war einmal angetreten, um die Rentenkürzungen von Helmut Kohl rückgängig zu machen. Sie hat mit der Rente ab 67 Jahren die Renten sogar gekürzt.

● **SPD und Grüne hoffen darauf, dass Ihre Partei weiter an Wählergunst einbüßt und bei der nächsten Bundestagswahl unter die Fünf-Prozent-Hürde fällt.**

Entscheidend ist, dass wir nicht die gleichen Fehler machen wie 2002. Damals haben wir faktisch eine Leihstimmenkampagne für die SPD gemacht. „Stoiber verhindern“, hieß die Losung. Das haben viele unserer Wähler so verstanden, dass sie Schröder wählen sollten. Ohne eine PDS-Fraktion im Bundestag wurden Hartz IV und eine unsoziale Gesundheitsreform möglich. Unter Kanzler Schröder wurden mehr unsoziale Gesetze verabschiedet als unter Kanzlerin Merkel.

Allerdings hatten SPD und Grüne der Kanzlerin den Weg geebnet.

Damals kursierte in der SPD der Spruch: „Hartz I, Hartz II, Hartz III, Hartz IV, dann steht die Merkel vor der Tür.“

● **Der ehemalige Parteivorsitzende Lothar Bisky sprach sich öffentlich dafür aus, dass Abgeordnete der Linksfraktion Peer Steinbrück zum Bundeskanzler wählen sollten.**



Gesine Lötzsch auf einer Demonstration gegen Rechtsextremismus

Unter Steinbrück wurden Banken mit Milliarden Euro gerettet. Noch nie wurde so viel Eigentum in Deutschland zu Gunsten der Vermögenden umverteilt. Deshalb ist er der Liebling der Banken. Als Mitglied des Haushaltsausschusses habe ich Herrn Steinbrück fast täglich in Aktion erlebt. Der Mann ist der Krise immer hinterher gelaufen. Er hat einfach nicht verstanden oder wollte es nicht verstehen, dass man den Banken harte Auflagen machen muss, bevor man ihnen mit Steuergeldern hilft. Kaum waren die Banken mit Steuergeldern gerettet, hatten ihre Vertreter schon wieder eine große Klappe und fette Boni in der Tasche. Als Finanzminister war er überfordert. Als Kanzler wäre er erst recht überfordert. Denn das sozialdemokratische Wahlprogramm passt nicht zum ehemaligen Finanzminister Merkels. Ich kann meinen Wählerinnen und Wählern versprechen, dass ich Herrn Steinbrück nicht zum Kanzler wählen werde. Ich gehe davon aus, dass wir eine CDU/SPD-Koalition bekommen werden. Eine starke linke Kraft ist dann – und nicht nur dann – unverzichtbar.

● **Wie kann Ihre Partei bis zur Bundestagswahl in die Offensive kommen?**

Die Wähler müssen nur eine Frage für sich beantworten: Wollen sie eine solidarische Gesellschaft oder eine Gesellschaft, die durch Gier auseinander getrieben wird. DIE LINKE steht für eine solidarische Gesellschaft.

● **Und was ist mit den Nichtwählern?**

Viele Menschen sind von Politikern grundsätzlich enttäuscht und haben gar keine Erwartungen mehr. Es gibt einen verbreiteten Fatalismus. Ich höre immer wieder das Argument, dass sich ja doch nichts ändern werde. Das ist ein Trugschluss. Durch Wahlen hat sich gerade das Leben vieler Nichtwähler dramatisch verändert. Ich sage nur Hartz IV, Gesundheitsreform, Leiharbeit und Niedriglöhne. Das ist alles nicht gottgegeben, sondern Ergebnis von Wahlen.

● **Die Menschen, die die Forderungen Ihrer Partei unterstützen, haben vielleicht auch Zweifel, dass die LINKE diese Forderungen umsetzt?**

Was unsere Partei von den anderen Parteien unterscheidet ist, dass DIE LINKE nur erfolgreich ist, wenn Menschen mitmachen und sich in Politik einmischen. Man kann es auch so sagen: Wir sind Geburtshelfer der Geschichte. Wir bringen die Probleme der Menschen auf die politische Bühne. Wenn dann andere Parteien sich gezwungen sehen, diese Probleme aufzugreifen, dann ist das gut. Denn so funktioniert DIE LINKE. Wir kennen die Probleme der Mehrheit der Menschen. Nicht selten ist die Regierung gezwungen, unsere Forderungen aufzugreifen. Das kommt häufiger vor, als es in der Öffentlichkeit bekannt ist. Wir werden deshalb im Wahlkampf mehr über unsere Erfolge sprechen müssen.

Kontakt

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** ist erreichbar über das

- Bürgerbüro, Ahrenshooper Straße 5, 13051 Berlin, ☎ 99 27 07 25, oder im Bundestag, ☎ 22 77 17 87; E-Mail: gesine.loetzsch@wk.bundestag.de
- **Sprechstunden** in diesem Monat nach telefonischer Vereinbarung

Ladet sie in Basis- und Bürgerveranstaltungen ein!



Gegen selektive Erinnerungskultur!

1879 wurde in Rummelsburg ein Arbeitshaus eröffnet. Es bestand aus 23 schmucklosen Klinkergebäuden und war für 1000 Menschen konzipiert. In ihm sollten soziale Außenseiter wie Bettler, Landstreicher, Alkoholiker und Prostituierte durch zwangserzieherische Maßnahmen zu einem „ordentlichen und arbeitsamen Leben“ umerzogen werden.

Zur Nazi-Zeit wurde das „Städtisches Arbeits- und Bewahrungshaus Berlin-Lichtenberg“ zu einem Ort der Zwangsverwahrung „Gemeinschaftsfremder“. Das schloss die systematische Vernichtung von arbeitsunfähigen Insassen als Option mit ein. Zu den Opfern gehörten Sinti und Roma, Homosexuelle und Juden.

Seit 2007 fordert der Arbeitskreis „Marginalisierte – gestern und heute!“ in Rummelsburg einen Ort des Gedenkens und Lernens zu schaffen, an dem die jahrhundertlange Geschichte sozialer Ausgrenzung thematisiert wird. 2012 lud der Lichtenberger Bezirksbürgermeister Andreas Geisel (SPD) zu einem Runden Tisch zum Gedenken in Rummelsburg ein und ließ zwei Informationsstelen auf dem Gelände des ehemaligen Arbeitshauses aufstellen. Dabei schlugen er und die Zählgemeinschaft jedoch einen überaus fraglichen Weg des Erinnerns ein.

Die aufgestellten Stelen spiegeln den aktuellen Geist der Gedenkkultur wieder, in dem der NS-Terror und „DDR-Unrecht“ gleichgesetzt werden. Die Zeit von Rummelsburg als DDR-Gefängnis wird massiv überrepräsentiert und als „erschreckend“ beschrieben. Die NS-Zeit als „noch nicht gänzlich erforscht“ abgetan, obwohl es konkrete Forschungsergebnisse gibt. Dabei wird der NS-Terror verharmlost und es wird ignoriert, dass das Arbeitshaus eine zentrale Institution in der Verfolgungs- und Vernichtungspolitik der Nazis war. Zwangssterilisa-



Fragwürdige Geschichtsschreibung auf dem Gelände des ehemaligen Arbeitshauses

tionen und systematischer Mord war Teil der Geschichte des Arbeitshauses zur Zeit des Dritten Reichs, aber nicht mehr nach dem Krieg.

Darüber hinaus war die Nachnutzung eines Ortes des Terrors nach dem Krieg kein Spezifikum der DDR. Das KZ Neuengamme wurde nach 1945 von der Stadt Hamburg als Gefängnis genutzt, Arbeitshaus Breitenau bei Kassel als geschlossenes Heim für „schwer erziehbare Mädchen“.

Ein Schritt gegen diese selektive Geschichtsschreibung ist die Aufstellung von drei Litfaßsäulen am 18. April um 11 Uhr am Rummelsburger Ufer im Rahmen der berlinweiten Ausstellung „Zerstörte Vielfalt“. Doch dies ist eine temporäre Ausstellung. Rummelsburg darf als Ort des Nazi-Terrors nicht vergessen und auch nicht verharmlost werden.

Michael Frisch

Kultur im Bezirk

- **Sonnabend, 13.4., 20 Uhr**
Monat des Jazz: Reedstorm Saxophone Quartet; Jazz Treff Karlshorst, Kulturhaus, Treskowallee 112, Eintritt: 9 €
- **Sonnabend, 20.4. 16 Uhr**
„Spring Steps“, Kindertanzfestival 2013, veranstaltet vom Flatback and cry e.V., Max-Taut-Schule, Fischerstraße 36
- **Sonnabend, 20.4., 18 Uhr**
„Ein Abend im Salon der Madame de Pompadour“, musikalisch-literarische Zeitreise ins Rokoko; Schloss Friedrichsfelde, Am Tierpark 125
- **Sonntag, 21.4., 16 Uhr, sowie am 23. und 24.4., 10 Uhr**
„Lotta und die Wikinger“, ein Theaterstück für Kinder ab 5 Jahre; Das Weite Theater, Parkaue 23
- **Dienstag, 23.4., 19 Uhr**
Welttag des Buches: Carmen-Maja Antoni liest aus ihrem Buch „Im Leben gibt es keine Proben“; Bodo-Uhse-Bibliothek, Erich-Kurz-Straße 9
- **Sonnabend, 27.4., 18 Uhr**
„Se(x)chs ist die Lösung“, Jane Zahn zu Gast im Zimmertheater, kabarettistische Lösungen für existenzielle Probleme; Zimmertheater in der Kultschule, Sewanstraße 43
- **Mittwoch, 1.5., 10–18 Uhr**
„Spectaculum am lichten Berg“, Mittelaltermarkt im Park am Rathaus; Möllendorffstraße, Info: 902963527
- **Sonnabend, 4.5., 18–24 Uhr**
„FamilienKunstNacht“; Jugendkunstschule Lichtenberg, Demminer Straße 4
- **Ausstellungen**
 - „Berlin, Ansichtssache“, Siebdruckgrafiken von Sebastian Wagner, Ausstellungseröffnung: Donnerstag, 11.4., 19 Uhr; Studio Bildende Kunst, John-Sieg-Straße 13, noch bis 8.5.
 - „Die Kunst der Intervention II“, Arbeiten aus den Lichtenberger Studios, Ausstellungseröffnung: Mittwoch, 17.4., 19 Uhr; Galerie im Ratskeller, Möllendorffstraße 6, noch bis 26.5.
 - „Parallele Erinnerung“, 150 Jahre Geschichte von Königsberg und Kaliningrad in Fotos, Ausstellungseröffnung: Freitag, 26.4., 19 Uhr; studio im hochhaus, Zingster Straße 25, noch bis 7.7.
 - Erika Moldt: „Licht und Farben in Aquarell“, Ausstellungseröffnung: Dienstag, 7.5., 19 Uhr, Museum Kesselhaus, Herzbergstraße 79, noch bis 4.6.

info links

Herausgeber

DIE LINKE – Landesvorstand Berlin
Redaktionskollektiv, V.i.S.d.P. Kathrin Gerlof

Adresse der Redaktion

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE
Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: (030) 512 20 47

Fax: (030) 51 65 92 42

E-Mail: lichtenberg@die-linke-berlin.de

Web: www.die-linke-lichtenberg.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwahrend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion. Keine Haftung oder Abdruckgarantie für unverlangt eingesandte Beiträge.

Redaktionsschluss für Ausgabe 3/13: 5.4.2013

Die nächste Ausgabe erscheint am 30.4.2013

Abgabeschluss für Texte und Fotos: 19.4.2013

Druck: Druckerei Bunter Hund

Gestaltung: Jörg Rückmann

Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.